



# Die Bundesrepublik Deutschland politische und wirtschaftliche Entwicklung 1949 - 1989

## ◀ Brandts Kniefall.

Gemälde von Axel Kilian, 1989.

Das Bild ist Ausschnitt einer Collage, die der Künstler bei einem Gestaltungswettbewerb zum Thema „Vierzig Jahre Bundesrepublik Deutschland“ einreichte.

■ Interpretieren Sie, in welcher Beziehung die Szene mit dem Kniefall von Bundeskanzler Brandt mit den anderen Bildteilen steht.

„Wirtschaftswunder“ und Westintegration	<b>1950 - 1953</b>	Während des Korea-Krieges beginnt die bundesdeutsche Industrie mit dem Export in westliche Länder. Der Aufschwung der Wirtschaft setzt ein.
	<b>1952</b>	Die Bundesrepublik und Israel vereinbaren ein „Wiedergutmachungsabkommen“.
	<b>1952/53</b>	Ein gesetzlicher Lastenausgleich entschädigt die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik.
	<b>1955</b>	Die langjährige Debatte über eine Wiederbewaffnung endet mit der Gründung der Bundeswehr und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.
	<b>Mai 1955</b>	Die Pariser Verträge regeln die Beziehungen zwischen den Staaten der „westlichen Gemeinschaft“ neu – die Besatzungszeit endet. Die Bundesrepublik wird Mitglied der NATO.
Auf dem Weg zur modernen Demokratie	<b>1955</b>	Die ersten ausländischen Arbeitskräfte („Gastarbeiter“) werden angeworben.
	<b>1959</b>	Im Godesberger Programm bekennt sich die SPD zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Westintegration.
	<b>1963</b>	Deutsch-Französischer Freundschaftsvertrag.
Neue Ostpolitik	<b>1964</b>	Im Bildungswesen werden Reformen eingeleitet.
	<b>1967 - 1969</b>	Große Koalition aus Union und SPD. Eine „Außerparlamentarische Opposition“ (APO) entsteht. Studentenunruhen in der Bundesrepublik wie im übrigen Westeuropa
	<b>1968</b>	Der Bundestag verabschiedet die Notstandsgesetze.
	<b>1969</b>	Willy Brandt (SPD) wird Bundeskanzler.
	<b>1970</b>	Besuche Brandts in Erfurt (DDR) und in Warschau (Polen)
Krisen und Neuorientierung	<b>1972 - 73</b>	Die Ostverträge mit der UdSSR, Polen und der ČSSR, das Berliner Viermächte-Abkommen und der Grundlagenvertrag mit der DDR entspannen das Verhältnis zu den Staaten des Warschauer Pakts.
	<b>1973</b>	Die Erste Ölkrise erschüttert die Industrieländer weltweit.
	<b>1977</b>	Der Terror der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) erreicht seinen Höhepunkt.
	<b>1979 - 1983</b>	Die geplante Nachrüstung sorgt für heftige Debatten in Politik und Gesellschaft. Der Bundestag beschließt die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen.
	<b>1982</b>	Helmut Kohl (CDU) wird Bundeskanzler.
<b>1983</b>	Die GRÜNEN, 1980 gegründet, ziehen zum ersten Mal in den Bundestag ein.	

Die Anfangsjahre der Bundesrepublik standen ganz im Zeichen der Integration. Flüchtlinge und Heimatvertriebene, Kriegs- und NS-Opfer wurden vom Staat entschädigt. Auch ehemalige NS-Angehörige durften am Wiederaufbau mitwirken. Die Bonner Republik suchte die Wiedergutmachung mit Israel sowie die Aussöhnung mit ihren westlichen Nachbarn, v.a. mit Frankreich.

Bei ihrer Gründung war die Bundesrepublik kein unabhängiger Staat gewesen. Die Regierung Adenauer (1949 - 1963) erreichte ein Ende der Besatzungsherrschaft bis 1955, indem sie konsequent auf die Einbindung in ein westliches Bündnissystem unter Führung der USA hinwirkte. Diese Westintegration sollte die junge Demokratie politisch und militärisch absichern. Das schloss auch die Wiederbewaffnung ein, die in der Bundesrepublik anfangs höchst umstritten war. Als Kehrseite der Westintegration wurde die deutsche Teilung besiegelt.

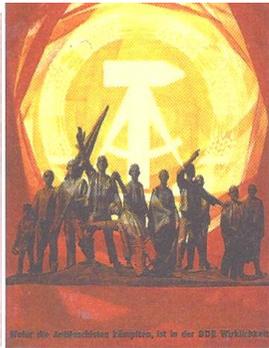
Der wirtschaftliche Aufschwung seit Mitte der 50er-Jahre sorgte bald für Vollbeschäftigung sowie für fortgesetzt steigende Löhne und Renten. Wohlstand erfasste breite Schichten. Der wirtschaftliche Erfolg ermöglichte dem Staat umfassende Sozialleistungen. Beides trug wesentlich zur Akzeptanz der jungen Demokratie in der Bevölkerung bei. Daneben wirkte auch der Antikommunismus mit der Ablehnung des politischen Systems der DDR als Bindeglied.

In den 60er-Jahren wandelte sich die Bundesrepublik zu einer modernen Demokratie nach westlichem Vorbild. Die politischen Proteste Ende der 60er-Jahre waren bei aller Radikalität auch Ausdruck eines neuen Willens zur Mitbestimmung.

Die Bundesregierung hatte sich lange geweigert, die DDR anzuerkennen. Unter Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) vollzog sich seit 1969 eine Wende in den deutsch-deutschen Beziehungen. Es folgten der Grundlagenvertrag mit der DDR von 1972 wie auch ein vertraglicher Ausgleich mit der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei.

In den 70er-Jahren wurden Reformen im Innern (für Frauen, Soziales, Bildung) fortgesetzt. Zugleich endete der Aufschwung der Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit entwickelte sich zum Dauerproblem, die Fälle von Armut nahmen zu.

In den 80er-Jahren formierte sich die Friedensbewegung, die vor einem abermaligen Wettrüsten warnte. Die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen, mit denen sowohl die Regierung Schmidt als auch die Regierung Kohl (seit 1982) auf die Rüstungspolitik der UdSSR reagierten, lehnte sie ab. Auch die Umweltprobleme, der Streit um die Kernkraft sowie die Frauenbewegung riefen neue politische Gruppen auf den Plan. Die Partei „Die GRÜNEN“ etablierte sich neben den Volksparteien von Union und SPD sowie der FDP als vierte politische Kraft.



## Die DDR 1949 - 1989: Staat und Wirtschaft

◀ **Plakat der Nationalen Front von 1960.**  
Die Nationale Front war der Zusammenschluss der in der DDR zugelassenen Parteien. Sie wurde vom DDR-Regime propagiert als „Vereinigung aller patriotischen Kräfte Deutschlands“. Im Vordergrund des Plakats ist die Skulpturengruppe an der Mahn- und Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald dargestellt.

Aufbau der SED-Diktatur	1950	Walter Ulbricht wird Generalsekretär der SED.
	1950	Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) wird gegründet.
	1950	Am 15. Oktober finden erste Wahlen zur Volkskammer statt. Das Ergebnis wird von den Machthabern zuvor festgelegt.
	1950	Die DDR wird Mitglied im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).
	1952	Die Nationale Volksarmee (NVA) wird gegründet.
Sozialismus und Einbindung in den Ostblock	1952	Die Länder in der DDR werden aufgelöst. Die Kommunen verlieren ihre Selbstverwaltung.
	1952	Ulbricht verkündet den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“.
	17. Juni 1953	Der Arbeiteraufstand in Ost-Berlin weitet sich zu einem landesweiten Aufstand gegen das SED-Regime aus. Sowjetisches Militär schlägt ihn nieder.
	1955	Die Sowjetunion erkennt die Souveränität der DDR offiziell an.
	1955	Die DDR wird Mitglied des Warschauer Pakts.
Abgrenzung und Stabilisierung	1958 - 1961	Die Zahl der Flüchtlinge in den Westen steigt erneut drastisch an.
	13. Aug. 1961	Die DDR-Regierung beginnt in Berlin mit dem Bau der Mauer. An der innerdeutschen Grenze entsteht durch Sperranlagen ein „Todesstreifen“.
	1962	Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.
	1963	Das „Neue Ökonomische System der Planung und Lenkung“ (NÖSPL) soll die DDR-Wirtschaft international wettbewerbsfähig machen. Es wird jedoch bald zurückgenommen.
	1968	Die DDR erhält per Volksabstimmung eine neue Verfassung und bezeichnet sich als „sozialistische Nation“.
Real existierender Sozialismus	Mai 1971	Das Politbüro der SED stürzt Walter Ulbricht. Erich Honecker wird erster Mann in Staat und Partei.
	1971	Die SED verkündet das Programm einer „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“.
	1972	Grundlagenvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland
	~1975	Die DDR unterzeichnet die KSZE-Schlussakte, in der Menschen- und Bürgerrechte nach westlichem Maßstab festgelegt sind.
	um 1975/80	Die DDR-Wirtschaft erfährt einen rasanten Niedergang, während sich der Staat immer weiter verschuldet.
	1989	Die Feiern zum 40-jährigen Bestehen der DDR werden begleitet vom wachsenden Protest der Bevölkerung.

Unter dem Schutz und auf Weisung der Sowjetunion errichtete die SED in Ostdeutschland eine kommunistische Diktatur. Die Partei selbst wurde zu einem einheitlichen Machtblock nach dem Vorbild der KPdSU. Diejenigen, die nach Ansicht der Kommunisten der „Herrschaft der Arbeiterklasse“ im Weg standen, wurden entmachtet oder ausgeschaltet – durch eine gelenkte Justiz, durch Enteignungen oder durch den Staatssicherheitsdienst, der die Bevölkerung überwachte und einschüchterte.

Der Aufbau der Industrie nach den Maßstäben der sozialistischen Planwirtschaft gestaltete sich schwierig. Zum Ausgleich für Versorgungsmängel verlangte das Regime ständig höhere Arbeitsleistungen. Das führte zu Unruhen in den Belegschaften, während immer mehr Bürger das Land in Richtung Bundesrepublik verließen. Der Arbeiteraufstand vom Juni 1953, der sich zum Volksaufstand ausweitete, dann aber von der Roten Armee niedergeschlagen wurde, zeigte die Abhängigkeit des SED-Regimes von der sowjetischen Schutzmacht. Diese Lehre zogen sowohl die Machthaber als auch die Bürger.

Die Stabilisierung des Regimes unter Walter Ulbricht gelang erst seit 1961, als sich die DDR durch die Berliner Mauer und einen „Todesstreifen“ entlang der innerdeutschen Grenze gegenüber dem Westen abriegelte. Die Massenflucht war damit beendet, die Bürger mussten sich in der Diktatur einrichten.

Das SED-Regime wollte in den 60er-Jahren den „Klassenfeind“ Bundesrepublik ökonomisch überholen. Dieses Vorhaben misslang zwar, doch gelangte die DDR-Wirtschaft an die Spitze aller Ostblockländer. Das Regime schmückte sich mit sportlichen Erfolgen und betonte die Modernität seiner Frauenförderung und Bildungspolitik. Die DDR-Verfassung von 1968 garantierte sogar ein „Recht auf Arbeit“.

1971 wurde Walter Ulbricht vom Politbüro der SED gestürzt, eine Folge seiner Differenzen mit Moskau. Der neue Generalsekretär Erich Honecker erkannte die Führung der Sowjetunion wieder uneingeschränkt an. Übereinstimmend mit Moskau ging Honecker auf die Entspannungspolitik der Bundesregierung unter Willy Brandt ein. Bonn und Ost-Berlin schlossen 1972 den Grundlagenvertrag. Er brachte der DDR die lang ersehnte Anerkennung als zweiter deutscher Staat durch die Bundesrepublik und die westlichen Länder.

In der Ära Honecker verwarf das SED-Regime alle utopischen Ideen zur Schaffung eines neuen sozialistischen Menschen. Es galt dafür der „real existierende Sozialismus“. Das SED-Regime hielt weiterhin an seiner unumschränkten Machtstellung fest. Um die Zustimmung der Bevölkerung zu sichern, beschloss die Staatsführung großzügige Sozialleistungen und niedrige Verbraucherpreise, ein ehrgeiziges Wohnungsbauprogramm sowie die Aussicht auf mehr Konsum. Das erhöhte Wohlstandsniveau ließ sich jedoch nicht halten, und die Unzufriedenheit der Menschen wuchs. Die kostspielige Sozialpolitik führte schon bald in eine Schuldenspirale, die die DDR-Wirtschaft immer stärker lähmte. Die Staatsführung war jedoch zu keinen Reformen bereit. Dadurch geriet die Diktatur schließlich selbst in die Krise.